



öffentlich

Betreff:

Gedenken an KGB-Opfer

Erstellungsdatum 11.04.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.05.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Absprache mit dem Verein „Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V.“ und „Memorial Deutschland“ einen würdigen Ort im Stadtgebiet für eine Gedenktafel oder Stele mit entsprechender Inschrift zu benennen, durch die den Opfern der Willkür im KGB-Gefängnis gedacht wird.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Potsdam zahlte bei den stalinistischen Verfolgungen 1950 bis 1953 einen hohen Blutzoll. Das mit Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung erschienene Totenbuch „Erschossen in Moskau“ nennt mehr als 30 Ermordete aus Potsdam und Umgebung, die der Willkür im KGB-Gefängnis zum Opfer fielen. Diesen Opfern soll durch eine Gedenktafel oder Stele dauerhaft gedacht werden.